„Feinde des heutigen Staates"

Verfolgung, Widerstand, Anpassung von Arbeiterschaft und Kirche

Zelle 29.

Den Reichstagsbrand am Abend des 27.2.1933 nutzte die NSDAP-Führung sofort politisch und propagandistisch aus, indem sie ihn als „Fanal" eines kommunistischen Aufstandsversuchs bezeichnete. In Herford verhaftete die Polizei im März 33 Kommunisten. Im April folgte die Verhaftung von 8 Sozialdemokraten. Sie alle kamen in sogenannte „Schutzhaft", bei der der Inhaftierte völlig ausgeliefert war. Im Mai 1933 wurde das Vermögen der SPD und des Reichsbanners beschlagnahmt. Auf Anordnung des Herforder Magistrats war der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) das Jugendheim neben der Schule Wilhelmsplatz schon Anfang April 1933 entzogen worden. SAJ und Arbeiter-Samariterbund lösten sich auf, die Arbeitersportvereine wurden bis zum Sommer 1934 gleichgeschaltet.

Auch die christlichen Kirchen und andere Religionsgemeinschaften sollten „gleichgeschaltet" werden. Die Amtsträger und engagierten Mitglieder wurden überwacht und verfolgt. Gleichzeitig nutzte die NS-Propaganda religiöse Aspekte, um Hitler als gottgegebenen Führer darzustellen.

Tagebuch des „Schutzhäftlings" Max Swinarski. Der Herforder Schlachter kam unter dem Vorwurf, „Funktionär der KPD" zu sein, am 25.3.1933 in Schutzhaft in das Herforder Zellengefängnis. Sein dort geführtes Tagebuch wurde beschlagnahmt. Vom 18.7.1933 bis 15.2.1934 war er im KZ (LA NRW, Detmold).

Wilhelm Osterhagen (KPD)

Der Händler Wilhelm Osterhagen war seit 1926 Mitglied der KPD. Er wurde am 9.3.1933 nach einer Denunziation, er sei Leiter der Musikgruppe „Roter Stern", verhaftet und ins Polizeigefängnis im Rathaus eingeliefert. Bei seiner Entlassung am 18.5.1933 musste er – wie alle anderen Schutzhaft-Entlassenen auch – einen „Verpflichtungsschein" unterschreiben:
„Ich verpflichte mich, mich in Zukunft jeder staatsfeindlichen politischen Betätigung, insbesondere jeder Teilnahme an hoch- und landesverräterischen Umtrieben zu enthalten. Irgendwelche Ansprüche auf Grund der gegen mich getroffenen polizeilichen Maßnahmen werde ich nicht erheben. Es ist mir eröffnet, dass ich mich g. F. (=gegebenenfalls) erneut freiwillig in Schutzhaft begeben kann." Osterhagen wurde noch zweimal denunziert und entging nur knapp dem KZ.

Widerstand

In den Lageberichten der GESTAPO wurde von vielen Handlungen und Haltungen, die bewusst gegen das NS-Regime gerichtet waren, berichtet. Diese führten oft zu Verfolgung und Verhaftung:
Flugblattaktionen der KPD, Versuch, die KPD-Organisationen neu aufzubauen, ein Trauerzug aus ehemaligen Kommunisten, Lotterieverkauf „Glückauf", der als SPD-Tarnorganisation verboten war, Verweigerung des Eintritts in die DAF oder in NS-Jugendorganisationen, Verweigerung der Winterhilfe, Verweigerung des Mitmarschierens am 1. Mai im Rahmen der DAF, geglücktes Verstecken einer Fahne durch Arbeitersportler unter dem Fußboden im Haus eines Mitglieds, Verteilung illegaler Schriften der SPD, Malen von drei Pfeilen als Zeichen für die SPD an Häuserwände, Entfernen von NS-Fahnen aus einem Saal durch den Leiter des Kindervolkschores vor dem Auftritt, Umdrehen des Hitlerbildes im Betrieb oder ironische Umkränzung, demonstratives Fernbleiben von einer Betriebsversammlung, Aufsetzen von Ohrenschützern während einer Rede des Ortsgruppenleiters beim Reichsbetriebsappell, Besitz eines Vervielfältigungsapparats und eventuelle Benutzung, Aufbewahrung und Transport des Apparates, mit „Nein" stimmen bei „Wahlen", bei denen hundertprozentige Zustimmung zur NSDAP erwartet wurde, Transport von politischem Material, Grüßen statt mit „Heil Hitler" mit „Rot Front" oder „Heil Moskau" und mit geballter Faust, Singen kommunistischer Kampflieder, Äußerungen gegen Hitler...

Mitglieder der Herforder Sozialistischen Arbeiterjugend vor 1933 (KAH, Sig. Arbeit und Leben).

Verhaftungsanzeige von Julius Finke (LA NRW, Detmold).

Julius Finke (SPD)

Aufgrund einer Denunziation beschlagnahmte die Polizei 43 Briefe mit politischem Inhalt, die Julius Finke, Parteisekretär und Reichstagsabgeordneter der SPD, einen Tag vorher bei der Post aufgegeben hatte. Die Polizei durchsuchte das „Volkswacht"- und SPD-Parteibüro im Herforder „Volkshaus" und Finkes Wohnung in der Sandbrede 2 und leitete ein Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Reichspressegesetz ein. SA-Standartenführer Pantföder erklärte Oberbürgermeister Althaus, dass die SA als Hilfspolizei Finke verhaften werde, wenn die reguläre Polizei dazu nicht in der Lage wäre.

Da Althaus, der durch Pantföder ziemlich unter Druck gesetzt war, befürchtete, dass Parteifreunde und Gesinnungsgenossen Finkes dessen Verhaftung durch SA-Uniformierte nicht einfach hinnehmen würden, sondern dass es zu Ausschreitungen kommen werde, ließ er Finke am Sonntagmittag des 19. März 1933 von einem Kriminalbeamten verhaften. Er wurde am 23.5.1933 – wohl nach Fürsprache aus der NSDAP – überraschenderweise aus der Haft entlassen, konnte aber in der SPD nie wieder Fuß fassen.

„Jeder Dritte ein Marxist"

„Bei der Volksabstimmung am 19. August 1934 hat die Stadt Herford mit am schlechtesten gewählt. Es wurden 78,8% Ja-Stimmen abgegeben. Auffallend schlecht gewählt haben die früheren marxistischen Bezirke. So ist jeder Dritte in der Siedlung und den Randbezirken ein Marxist. (...) Die hiesigen Marxisten haben von der Revolution wenig abbekommen.

Sie fühlen sich heute sehr sicher, zumal sie auch in leitenden Stellen bei Behörden, in öffentlichen Betrieben und Privatbetrieben verblieben sind. Sie gebärden sich heute als 110prozentige Nationalsozialisten, heben nach Möglichkeit beide Hände zum deutschen Gruß und überschlagen sich in einer kriecherischen Weise vor Unterwürfigkeit ihren Vorgesetzten gegenüber. In Wirklichkeit aber sind sie aus ihrem Innern heraus die großen Feinde des heutigen Staates." (Lagebericht vom 30.8./31.8.1934, LA NRW, Detmold).

Mitglieder der Herforder Sozialistischen Arbeiterjugend nach 1933 (KAH, Sig. Arbeit und Leben).

Plakate der kommunistischen Roten Hilfe und der Polizei 1933 (LA NRW, Detmold).

„Zerschlagen"

„Die illegale kommunistische Bewegung ist hier seit einem Jahre vollständig zerschlagen. Nach der Festnahme der Führer im Dezember 1934, sind die Kommunisten im Stadtbezirk Herford nicht mehr tätig geworden. Die Aufrollung der illegalen KPD - Unterbezirk Bielefeld - durch die Geheime Staatspolizei ist in diesem Monat zum Abschluß gelangt. Im Verfolg der Aktion wurden 135 Personen festgenommen, darunter eine große Anzahl aus dem Landkreise Herford, allein in Vlotho 15 Personen. (...)

Man muß aber immer wieder feststellen, daß auch hier unter den Marxisten beider Gruppen auch heute noch ein großer innerer Zusammenhalt besteht. Die früheren marxistischen Musikvereine Bandonion-Musikverein, Zitterklub Alpenrose und Mandolinenklub Herford brachten am Sonnabend, den 18. Januar 1936 ihre Winterfeste bei Tiemeyer-Stiftberg, im Tanzpalast „Neue Welt" und in Brinkmanns Festsälen zur Durchführung. Alle drei Lokale waren überfüllt." (Lagebericht vom 27.1.1936, LA NRW, Detmold).

Deutsche Christen

Einzelne Herforder Pfarrer traten der NSDAP bei. Ein Pfarrer der Münstergemeinde war NSDAP-Mitglied und zudem Mitglied der Bekennenden Kirche. Auch in Herford etablierten sich die „Deutschen Christen" (DC). Sie strebten eine „kirchliche Machtergreifung" an. Im August 1933 gab es in allen fünf Kirchengemeinden DC-Gemeindegruppen mit DC-Gemeindegruppenleitern, die überwiegend aus bürgerlichen Kreisen stammten. Die Bildung einer DC-Ortsgruppe erfolgte im August 1933. Wenig später gab es auch eine DC-Kreisleitung. Insgesamt war aber der Übergang zu den „Deutschen Christen" in Stadt und Land Herford relativ gering. Ein „Deutscher Christ" bezeichnete seine Konfession als „gottgläubig" (ggl.).

Auf Plakaten der DC in Herford stand im November 1936: „Älter als Kirchen und Klöster ist unser Väter Land, fester als Priesters Taufe bindet des Blutes Band. Unser Reich, ihr Brüder, ist von dieser Welt. Es gesund zu bauen hat uns Gott bestellt."

Hitler begrüßt Ludwig Müller, den Leiter der DC und seit 27. September 1933 Reichsbischof, auf dem Reichsparteitag 1934 (Bildarchiv Preuß. Kulturbesitz).

„Die Nationalkirche", auch in Herford gelesene Zeitschrift der DC (Archiv Geschichtsverein).

Bekennende Kirche

In Abwehr zu den DC formierte sich die „Bekennende Kirche". Die Pfarrer und Presbyterien im Raum Herford schlossen sich fast einheitlich und sehr schnell der Bekennenden Kirche an. Friedrich Niemann, Superintendent des Kirchenkreises Herford, hatte eine führende Rolle inne.

Der NS-Staat überwachte die Gottesdienste. Dabei ging es um die Predigten, in erster Linie aber um die Kanzelabkündigungen und die zweckbestimmten Kollekten. Dabei machten Pfarrer der Bekennenden Kirche auf staatliche Übergriffe gegen Pfarrer und Laien aufmerksam. Bis Februar/April 1938 gab es allein acht Strafanzeigen gegen evangelische Geistliche Herforder Kirchengemeinden. Die meisten Strafanzeigen erstattete die GESTAPO wegen Vergehens gegen das „Sammlungsgesetz", der Rechtmäßigkeit von Kollekten, die oft polizeilich beschlagnahmt wurden.

Beschlagnahmtes Beitrittsformular der Bekenntnisgruppe „Evangelium und Kirche" an der Stiftberger Kirche 1934 (LA NRW, Detmold).

Zwei Geistliche der Mariengemeinde kamen in Haft. Der Lehrvikar Max Lackmann wurde am 6.12.1937 wegen Verbreitung eines sogenannten „Strahlenbriefes" der Bekennenden Kirche verhaftet, am 9.12.1937 wurde Pastor Wilhelm Blum wegen des Vorwurfs einer nicht rechtmäßigen Kollekte festgenommen. Lackmann wurde am 23.12.1937 aus der Untersuchungshaft entlassen, nach einer Denunziation durch ein Gemeindemitglied wegen des Inhalts seiner Predigten erneut verhaftet, ebenso im April 1942. Er überlebte das KZ Dachau und konnte im Sommer 1945 nach Herford zurückkehren.

Katholische Kirche

Im „Lagebericht" vom 28.9.1934 hieß es: „Bei der überwiegenden evangelischen Bevölkerung macht sich die katholische Kirche nicht bemerkbar." Die Polizei löste am 1.7.1933 den Katholischen Volksverein und den Jungmännerverein auf und beschlagnahmte Kassen- und Sparbücher sowie einige Akten. Am 10. Juli wurden die Maßnahmen gegen den Jungmännerverein aufgehoben.

Auch katholische Gottesdienste überwachte die Polizei. Im August 1935 verlas der Herforder Pfarrer Hermann Kleine mehrfach eine Kanzelabkündigung des Paderborner Erzbischofs Kasper, der sich darin besonders gegen das NS-Sterilisationsgesetz wandte.

Die katholische Kirchengemeinde in Herford suchte keinen Konflikt mit den NS-Organen, sie zeigte sogar Entgegenkommen, indem sie am Erntedankfest 1935 nur mit der Hakenkreuzfahne flaggte, während die evangelischen Kirchen daneben noch die Kirchenfahne aufzogen. Auch betete man in den Gottesdiensten in der Regel „für die Führer des Volkes".

Friedrich Meyer, als Justizangestellter entlassen, wurde 1937 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt (privat).

Zeugen Jehovas

Die „Internationale Bibelforschervereinigung" wurde am 24.6.1933 vom Preußischen Innenministerium verboten. Das NS-Regime verdächtigte sie der kommunistischen Unterwanderung. Ende Mai 1933 fand bei dem Leiter der Herforder Gruppe eine Hausdurchsuchung mit Beschlagnahme von Druckschriften statt. Über eine geschlossene Veranstaltung der Bibelforscher berichtete die Herforder Polizei am 7.6.1933: „Die Veranstaltung war von musikalischen Darbietungen und Vorstellungen umrahmt, die auf kommunistische Ideen schließen ließen."

Die „Zeugen Jehovas" verweigerten den Hitlergruß und die Teilnahme an Wahlen und Volksabstimmungen. Mitglieder der Bibelforscher, die im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, verloren ihre Arbeitsplätze, so bei der Sparkasse wegen Verweigerung des Hitler-Grußes und beim Amtsgericht wegen Verbreitung illegaler Schriften. In Herford wurden im Herbst 1936 22 Mitglieder der „Zeugen Jehovas" verhaftet. Der Prozess fand vor der zweiten Kammer des Sondergerichts Dortmund im Herforder Amtsgericht statt. Dabei wurden 1937 Gefängnisstrafen zwischen 18 Monaten und 6 Wochen verhängt.

Tagebuch vom 25 III 33 bis ?